



Landesschülervertretungen
der Förderzentren und
Gemeinschaftsschulen
Schleswig-Holstein

Wirtschaftsboom und nasse Schulen

Die SPD, Linke und Grüne haben sich in ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl deutlich für das Aufheben des sog. Kooperationsverbotes positioniert, welches dem Bund untersagt, den Ländern finanzielle Mittel gegen Mitspracherechte zur Verfügung zu stellen. Diese Forderung begrüßt die schleswig-holsteinische Landesschülervertretung der Gemeinschaftsschulen.

Jasper Wiezorek, Landesschülersprecher der Gemeinschaftsschulen Schleswig-Holstein sagt dazu: „ In unsere Schulen regnet es rein, es fehlt das Geld an allen Ecken und Enden und Schüler können meist nicht das Bundesland wechseln, ohne große Nachteile erleiden zu müssen. Deutschland ist wohl der einzige Industriestaat, welcher eine milliarden schwere schwarze Null hat und dennoch diese Probleme nicht aus der Welt geschaffen bekommt. Die Landesschülervertretung der Gemeinschaftsschulen Schleswig-Holstein sieht den Ursprung dieser Probleme im sog. Kooperationsverbot, da es eine zentrale Angleichung der Schulsysteme und Bundesgelder zur Finanzierung von Schulen verhindert. Man würde also „zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen ". "

Die Disparitäten der Bundesländer gehen sogar soweit, dass Arbeitgeber Absolventen aus bildungsstarken Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg bevorzugt einstellen. „Das ist nicht gerecht. Kein Schüler und keine Schülerin hat einen Einfluss darauf, in welchem Bundesland er oder sie zu Schule geht“, fügt Jasper Wiezorek hinzu.

Die Landesschülervertretung steht mit dieser Forderung nicht alleine. Bereits 2016 fand die Bundesschülerkonferenz einen einstimmigen Konsens bzgl. der Abschaffung des Kooperationsverbotes.

„Egal auf welches Bundesland man guckt, alle 16 Länder haben das Rad für sich neu erfunden und zu jeder Wahl wird es als Stimmenfänger genutzt. Wir Schüler wollen eine flächendeckende Kontinuität und kein Mittel zum Zweck sein. Es ist klar, dass es bis dahin noch ein weiter Weg ist, aber so würde man die ersten Schritte in Richtung Problemlösung gehen. Deshalb hoffen wir, dass der nächste Bundestag dieses längst überfällige Gesetz abschafft“, so Wiezorek.

<p>Jasper Wiezorek Landesschülersprecher Jasper.Wiezorek@web.de 0176-78309196</p>	<p>Kontakt: <u>Bürozeiten:</u> Montag – Freitag, 8:00 Uhr bis 15 Uhr Tel.: 0431/578696 Fax: 578698 E-Mail: info@schuelervertretung.de Preußerstr. 1 – 9 ; 24105 Kiel</p>
--	---